Inhaltsverzeichnis

Abkürz	ungsverzeichnis	13
1. Teil:	Einleitung	17
2. Teil:	Rechtshistorischer Hintergrund	2.1
A.		
В.	Das Eheverständnis der christlichen Kirchen im Mittelalter	
ъ.	Eheauffassung der katholischen Kirche	
	Die Ehe im kanonischen Recht	
	2. Sakramentslehre	
	3. Konsensprinzip	
	4. Auswirkung des Konsensprinzips neben der	
	Sakramentslehre	25
	II. Reformation	
	Eheverständnis Martin Luthers	
	2. Möglichkeit der Ehescheidung als Folge der Abkehr	
	von der Sakramentslehre	28
	3. Zusammenfassung	29
C.	18. Jahrhundert – Die Ehe im Verständnis der Aufklärung	
	I. Die Säkularisierung des Eherechts	30
	II. Vertragstheorie und Naturrechtslehre	31
	III. Eherecht des Preußischen Allgemeinen Landrechts	32
D.	Die Ehe im Verständnis des 19. Jahrhunderts	34
	I. Die Institutionenlehre	34
	II. Die Einführung der obligatorischen Zivilehe	35
	1. Code Civil	36
	2. Paulskirchenverfassung	38
	3. Die Zivilehe im Personenstandsgesetz von 1875	40
	4. Die bürgerliche Ehe des BGB	
E.	Die Ehe im Nationalsozialismus	
F.	Das Eherecht nach 1945	
G.	Jüngste Entwicklung zum Verständnis der Ehe	45
	I. Der verfassungsrechtliche Schutz der Ehe durch das	
	Grundgesetz	
	II. Das Erste Eherechtsreformgesetz von 1976	
	III. Das Lebenspartnerschaftsgesetz von 2001	48
H.	Zusammenfassung	49

3. Teil:	Die Ehe in ihrer materiellrechtlichen Ausgestaltung	.53
A.	Das Wesen der Ehe	.54
	I. Die Generalklausel des § 1353 BGB als Zentralnorm	
	des Eherechts	.55
	II. Die Grundaussagen über die bürgerliche Ehe nach der	
	Generalklausel des § 1353 BGB	.56
	1. Das Lebenszeitprinzip gemäß § 1353 Abs. 1 S. 1 BGB	.56
	2. Das Verantwortungsprinzip gemäß	
	§ 1353 Abs. 1 S. 2, 2. Hs. BGB	.57
	3. Die Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft	
	gemäß § 1353 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. BGB	.57
	4. Rechte und Pflichten der ehelichen Lebensgemeinschaft	
	im Einzelnen	
	a) Pflicht zur häuslichen Gemeinschaft	
	aa) Wohnsitz	. 59
	bb) Pflicht zur Gewährung der Mitbenutzung der	
	ehelichen Wohnung und der Hausratsgegenstände	
	cc) Mitbesitz	.60
	dd) Eingriff in den räumlich-gegenständlichen Bereich	
	der Ehe	
	b) Pflicht zur Gefahrenabwehr, Hilfs- und Beistandspflicht .	
	aa) Garantenpflicht zwischen Ehegatten im Strafrecht	
	bb) Pflicht zur Mitarbeit in Beruf und Geschäft	. 65
	cc) Auswirkung der Beistandspflicht im	
	vermögensrechtlichen Bereich	
	c) Pflicht zur Rücksichtnahme	. 68
	d) Pflicht zur einvernehmlichen Regelung gemeinsamer	
	Angelegenheiten und Verständigungsbereitschaft	
	e) Pflicht zur ehelichen Treue	.70
В.	Bestimmung des Rechtscharakters der Verpflichtung zur	
	ehelichen Lebensgemeinschaft	.71
	I. Möglichkeiten der prozessualen Geltendmachung	
	von Ehepflichten	.71
	Die Eheherstellungsklage	.71
	2. Abgrenzung zu anderen Klagemöglichkeiten	.72
	3. Ausschluss der Verpflichtung unter Ehegatten	
	gemäß § 1353 Abs. 2 BGB	
	4. Ergebnis	.76
	II. Normqualität der Pflichten aus § 1353 Abs. 1 S. 2 BGB	.77
	Einordnung als Obliegenheiten	
	2. Keine rechtliche Einordnung	
	3. Qualifizierung als echte Rechtspflichten	. 78

C.	Zusammenfassung	79
4 Teil.	Der Ehebegriff im Wandel	Ω1
A. 1611.	Wandel von Ehemodellen und Familienstrukturen	
Α.	I. Wandel von Ehemodellen und Familienstrukturen in der	02
	zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts	82
	II. Wandel der Ehelehren	
	Institutionelle Ehelehre	
	2. Soziologisch-pragmatische und interindividuelle Ehelehren	
	III. Gegenwärtige Entwicklung und Ausblick	
	Soziodemographische Fakten	
	2. Funktionswandel	
B.	Gesellschaftliche Veränderungen im Zuge der Europäisierung	
C.	Zusammenfassung	
	Die Diskussion über eine Vereinheitlichung des Eherechts	
in E	uropa	
A.	Einführung.	89
B.	Stimmen gegen eine Vereinheitlichung des materiellen	
	Ehe- und Familienrechts	
	I. Rechtsetzungskompetenzen und spontane Rechtsangleichung	
	Kompetenznormen im Einzelnen	
	a) Art. 13 EGV	
	b) Art. 18 Abs. 2 EGV	
	c) Art. 65 EGV	
	d) Art. 94, 95 EGV	
	e) Art. 293 EGV	
	f) Art. 308 EGV	
	g) EMRK / Grundrechtscharta / Europäische Verfassung	93
	2. Spontane Rechtsangleichung und die Vereinheitlichung des	
	internationalen Zivilprozessrechts und des Kollisionsrechts	94
	II. Kulturgebundenheit – Das Eherecht als Gegenstand einer	
	europäischen Rechtsvereinheitlichung	
~	III. Zusammenfassung und Stellungnahme	
C.	Stimmen für eine Vereinheitlichung des materiellen Rechts	
	I. Ursprung und Entwicklung der Idee im 20. Jahrhundert	
	II. Begriffsbestimmung	
	1. ius commune	100
	2. Rechtsvereinheitlichung oder Rechtsangleichung	100
	bzwharmonisierung	
	III. Mögliche Formen der Vereinheitlichung	103
	1. Instrumentarien zur Schaffung von einheitlichem Recht	103

	2.	Erforderlichkeit von Methoden- und Systemidentität	
		für den Prozess der Rechtsvereinheitlichung	104
	IV. Di	e Commission on European Family Law	105
		Entstehung und Zielsetzung	
	2.	Arbeitsweise und Methodik	107
		a) Principles	107
		b) Common core method	
		c) Better law approach	
	3.		109
	V. De	er Model Family Code	
	1.	Entstehung und Zielsetzung	110
	2.	Allgemeine Grundsätze	111
	3.	Inhaltliche Ausgestaltung	
	4.	Stellungnahme	114
		fferenzierende Lösungsansätze	
	1.		
		a) Vorzüge eines optionalen Einheitsrechts	117
		b) Art. 65 EGV als Kompetenzgrundlage	
		c) Vorschläge zur inhaltlichen Ausgestaltung	
		aa) Allgemeine Grundsätze	119
		bb) Konkrete inhaltliche Ausgestaltung	
		d) Stellungnahme	
	2.		
		a) Erfordernis eines europäischen Wahlgüterstandes	
		b) Bestehende Gemeinsamkeiten der Güterrechtssysteme	
		in Europa	124
		c) Kompetenzgrundlage	125
		d) Vorschläge zur inhaltlichen Ausgestaltung	
		aa) Persönlicher Anwendungsbereich und Form	
		bb) Auswahl des Güterstandtypus	
		e) Exkurs: Das englische Ehegüterrecht	129
		f) Stellungnahme	
D.	Fazit	,	
iteratı	ırverzei	chnis	137